

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/070(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 07.11.2013	Ratssaal	14:00Uhr	19:23Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Verleihung der Ehrenbotschafterwürde an Herrn Robert Stieglitz
Die Ehrung erfolgt durch den Oberbürgermeister.
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Bestätigung der Beschlussprotokolle der 68.(V)/69.(V) Sitzung des Stadtrates vom 10./14.10.2013
- 5 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse T0183/13
- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 6.1 Überplanmäßige Ausgaben im Deckungskreis Personalkosten DS0442/13
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.2 Verfügung über ein Grundstück DS0339/13
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

6.3	Jahresabschluss 2012 der Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozeßinnovation GmbH (ZPVP GmbH) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0379/13
6.4	Grundsatzbeschluss Ersatzneubau Umkleide- und Sanitärgebäude Sportanlage Tonschacht BE: Bürgermeister	DS0215/13
6.5	Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Hermann-Gieseler-Halle BE: Bürgermeister	DS0216/13
6.6	Fortsetzung Kaiser- Otto-Fest (Beschluss-Nr. 1231-45(V)12) BE: Bürgermeister	DS0402/13
6.6.1	Fortsetzung Kaiser- Otto-Fest (Beschluss-Nr. 1231-45(V)12) Ausschuss FG	DS0402/13/1
6.6.2	Fortsetzung Kaiser- Otto-Fest (Beschluss-Nr. 1231-45(V)12) SR Wendenkampf, future! - Die junge Alternative	DS0402/13/2
6.7	Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Theater Magdeburg BE: Bürgermeister	DS0320/13
6.8	Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Puppentheater der Stadt Magdeburg (EB PTH MD) BE: Bürgermeister	DS0316/13
6.9	Fortschreibung des Magdeburger Programms BIB „Berufliche, soziale Integration und Beteiligung junger Menschen“ - 2014 bis 2015 BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0193/13
6.10	Infrastrukturplanung Jugendarbeit – 2. Planungsschritt zur Entwicklung der Kinder-und Jugendarbeit - 2014 bis 2015 BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit WV v. 04.07.2013 i.V. mit allen anhängigen Änderungsanträgen	DS0120/13
6.11	Zwischenabwägung zum Bebauungsplan Nr. 101-2 "Wochenendhausgebiet Barleber See Nordseite" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0341/13
6.12	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 101-2 "Wochenendhausgebiet Barleber See Nordseite" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0342/13
6.13	Aufnahme von Windkraftanlagen zu Forschungszwecken in den Regionalen Entwicklungsplan BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr WV v. 04.07.2013	DS0135/13
6.13.1	Aufnahme von Windkraftanlagen zu Forschungszwecken in den Regionalen Entwicklungsplan	DS0135/13/1

Ausschuss StBV

7	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
7.1	Prüfung der Einführung der „Dreck-Weg-App“ Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei WV v. 10.10.2013	A0049/13
7.1.1	Prüfung der Einführung der "Dreck-Weg-App" Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0049/13/2
7.1.2	Prüfung der Einführung der „Dreck-Weg-App“	S0095/13
7.2	Fahrbibliothek Fraktion CDU/BfM WV v. 10.10.2013	A0065/13
7.2.1	Fahrbibliothek	S0105/13
7.3	Einrichtung eines Jugendtreffs am Europaring SPD-Stadtratsfraktion WV v. 06.06.2013	A0079/13
7.3.1	Einrichtung eines Jugendtreffs am Europaring	S0153/13
7.4	Erstellung von Schulwegplänen FDP-Fraktion WV v. 04.07.2013	A0083/13
7.4.1	Erstellung von Schulwegplänen FDP-Fraktion	A0083/13/1
7.4.2	Erstellung von Schulwegplänen	S0176/13
7.5	Entwicklung von Brachflächen der Deutschen Bahn AG Fraktion CDU/BfM WV v. 04.07.2013	A0086/13
7.5.1	Entwicklung von Brachflächen der Deutschen Bahn AG Ausschuss StBV	A0086/13/1
7.5.2	Entwicklung von Brachflächen der Deutschen Bahn AG	S0184/13
7.6	Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung im Umfeld der Maybachstraße SPD-Stadtratsfraktion und Fraktion CDU/BfM WV v. 05.09.2013	A0107/13

7.6.1	Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung im Umfeld der Maybachstraße	S0188/13
	Neuanträge	
7.7	Erstellung von Marketingunterlagen der Ottostadt Magdeburg in polnischer Sprache FDP-Fraktion	A0120/13
7.8	Aufnahme der Förderschule Regenbogen in das STARK III-Programm Fraktion CDU/BfM	A0124/13
7.9	Zeitpunkt der Bekanntmachung von Stadtratsbeschlüssen Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0130/13
7.10	Aufwertung Sohlener Park am SKZ Beyendorf-Sohlen Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0131/13
7.10.1	Aufwertung Sohlener Park am SKZ Beyendorf-Sohlen SPD-Stadtratsfraktion	A0131/13/1
7.11	Trennsystem Maybachstraße Fraktionen CDU/BfM und SPD	A0134/13
7.12	Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktionen CDU/BfM und Bündnis90/Die Grünen	A0128/13
7.13	Anhörung bei Personalentscheidungen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0121/13
7.14	Parkerleichterungen Interfraktionell	A0136/13
7.15	Barrierefreier Zugang Stadtbibliothek Reform Fraktion CDU/BfM	A0123/13
7.16	Trafohaus auf dem Eiskellerplatz Fraktion CDU/BfM	A0125/13
7.17	Einführung des "Katwarn-Systems" prüfen FDP-Fraktion	A0119/13
7.18	Prioritätenliste Fuß- und Radwegsanierung Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0122/13
7.19	Spielhaus für Kinder erhalten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0126/13
7.20	Tätigkeitsbericht der(/des) Integrationsbeauftragten Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0127/13

7.21	Unterstützung Suchschachtung Ulrichskirche Interfraktionell	A0129/13
7.21.1	Unterstützung Suchschachtung Ulrichskirche Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A 0129/13 A0129/13/1
7.22	Vergabe Adelheid-Preis Interfraktionell	A0135/13
7.23	Umsetzung der Entfristung der Stellen für das Internationale Büro Ausschuss RWB	A0132/13
7.24	Information über nicht umgesetzte Stadtratsbeschlüsse / Beschlusskontrolle Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0133/13
8	Einwohnerfragestunde Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch	
9	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
9.1	Versorgung mit ortsansässigen Geldinstituten (Volksbank und Stadtsparkasse) im Stadtteil Magdeburg-Buckau SR Danicke, SR A. Schumann und SR Guderjahn	F0148/13
9.2	Verkürzung von Ausschreibungsfristen zur dringenden Beseitigung von Hochwasserschäden der MVB SR Müller	F0153/13
9.3	Umsetzung LED-Pilotprojekt SR Kraatz	F0151/13
9.4	Kunst am Bau SR Wähnelt	F0141/13
9.5	Immobilienmesse ExpoReal SR Hoffmann	F0155/13
9.6	Tierbestand Rotehornpark SR Dr. Kutschmann	F0146/13
9.7	Zustand Gebäude Gesundheitsamt SR Salzborn	F0159/13
9.8	Bürogebäude Freiligrathstraße SR Stern	F0140/13
9.9	Zustand der Forts in Magdeburg SR Dr. Kutschmann	F0147/13
9.10	Finanzielle Folgen des Bombenfundes am 24. Oktober 2013 SR Dr. Hörold	F0144/13

9.11	Kutscherhaus bei der villa p. am Puppentheater SR Hans-Jörg Schuster	F0145/13
9.12	Datensicherheit bei Stadtratssitzungen SR Fassl	F0143/13
9.13	Nachbarschaftszentrum Othrichstraße SR Giefers	F0142/13
9.14	Stadtbeleuchtung SR Stage + SR Wendenkampf	F0149/13
9.15	Einnahmen ruhender Verkehr SR Schindehütte	F0150/13
9.16	Aktuelle Situation des Wobau-Objekts Breiter Weg 257-260 SR`n Meinecke	F0152/13
9.17	Intensivmobil/Intensivkrankentransportfahrzeug (ITW) der LH MD SR Müller	F0154/13
9.18	Garagen verlängerte Friedrich-Ebert-Straße SR`Dr. Hein	F0156/13
9.19	Preußische Ganzmeilensäule SR Meister	F0157/13
10	Informationsvorlagen	
10.1	Stadtteilreport 2013	I0187/13
10.2	Delegationsreise 2013 nach Ulaanbaatar (Mongolei), Beijing, Harbin, Shenyang, Qingdao (China) vom 9. bis 19. Juni 2013	I0199/13
10.3	Bolzplatz Westerhüsen	I0200/13
10.4	Änderung der Hinweise zum Ablaufplan zur Erarbeitung des Jahresabschlusses 2012	I0220/13
10.5	"Ergebnisse des Masterplanes zur Umfeldgestaltung der Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee" - Grundsatzbeschluss	I0224/13
10.6	Auswirkungen der Revision der Bundesbeteiligung nach § 46 Abs. 6 und 7 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) im Haushaltsjahr 2013 für die Landeshauptstadt Magdeburg	I0225/13
10.7	Einladung zur Einwohnerversammlung für die Stadtteile Sülzegrund/Kannenstieg/Großer Silberberg	I0232/13

10.8	Sachstand zur aktuellen Entwicklung der Baupreise	I0233/13
Nichtöffentliche Sitzung		
11	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
12	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
12.1	Personalangelegenheit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0383/13
12.2	GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH (GWM) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0293/13
12.3	Vergleich in einem Rechtsstreit BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0392/13
13	Informationsvorlagen	
13.1	Vergabebericht 2012	I0238/13

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 70.(V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, Gäste, Ehrengäste, Mitarbeiter der Verwaltung und Medienvertreter. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll 56 Stadträtinnen/Stadträte

Oberbürgermeister 1

zu Beginn anwesend 29 “ “

maximal anwesend	45	“	“
entschuldigt	12	“	“

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 2007-70(V)13

Im Beirat des Jobcenters – Arbeitsgemeinschaft Magdeburg wird anstelle des Stadtrates Frank Theile als neues Mitglied Stadtrat Hugo Boeck benannt.

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 2008-70(V)13

In der Gesellschafterversammlung der GWM mbH wird anstelle der Stadträtin Jacqueline Tybora als neues Mitglied Stadtrat Olaf Czogalla benannt.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst gibt bekannt, dass der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper in seiner Dienstberatung am 22.10.2013 folgenden Antrag auf Auszeichnung nach § 7 der Ehrenbürgersatzung mit der „Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ beschlossen hat:

Friseurinnung Magdeburg
eingereicht am 15.10.2013
Gründungsdatum: 25.11.1713
„Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ in Gold
DS0447/13 – Beschlussnummer 311-40/13

2. Verleihung der Ehrenbotschafterwürde an Herrn Robert Stieglitz

Die Ehrung erfolgt durch den Oberbürgermeister.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper begrüßt den WBO Weltmeister im Super-Mittelgewicht Herrn Robert Stieglitz.

In seiner Ansprache würdigt Herr Dr. Trümper den zu Ehrenden für seine sportlichen Leistungen. Er dankt Herrn Stieglitz für seinen Einsatz für die Interessen der Stadt Magdeburg

nach außen und für sein Engagement für soziale Projekte. Er überreicht Herrn Robert Stieglitz die Ehrenurkunde.

Herr Robert Stieglitz spricht seinen Dank für die vorgenommene Ehrung aus.

3. Bestätigung der Tagesordnung

1. zurückgezogene TOP

Der TOP 7.23 – A0132/13 wird von der Fraktion CDU/BfM von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

2. Hinweise

Zum TOP 10.3 – I0200/13 wurde seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktion Redebedarf angemeldet.

Zum TOP 10.8 – I0233/13 wurde seitens der Fraktion CDU/BfM Redebedarf angemeldet.

Zum TOP 13.1 – I0238/13 wurde seitens der FDP-Fraktion Redebedarf angemeldet.

Die Tagesordnung der 70.(V) Sitzung des Stadtrates wird einstimmig **bestätigt**.

4. Bestätigung der Beschlussprotokolle der 68.(V)/69.(V) Sitzung des Stadtrates vom 10./14.10.2013

Beschlussprotokoll der 68. (V) Sitzung des Stadtrates vom 10.10.2013

Redaktionelle Änderung der FDP-Fraktion

Auf der Seite 37 ist im 2. Absatz, in der ersten Zeile nach dem Wort „Konzept“ einzufügen:

..., **verweist auf fehlende Angaben zum Hochwasserschutz** und signalisiert.....

Auf der Seite 57 ist der 1. Absatz wie folgt zu ergänzen:

Zudem schlägt er vor zu prüfen, zukünftig für die Auswahl einer solchen Position eine professionelle Agentur zu Rate zu ziehen.

Redaktionelle Änderung der Fraktion CDU/BfM

Auf der Seite 34 muss es im zweiten Absatz richtig heißen:

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit **Herr Nitsche** richtet

Auf der Seite 37 muss es im 9. Absatz, 2. Zeile richtig heißen:

Feststellungen des **Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper** nachvollziehen....

Auf der Seite 55 muss es unter TOP 10.3 im 4. Absatz, 4. Zeile richtig heißen:

.....und die **Eignung** des Bewerbers

Redaktionelle Änderung der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei:

Auf der Seite 16 ist unter TOP 5.3 der 10. Absatz zu streichen und wie folgt zu ergänzen:

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, kann die Haltung der Verwaltung nicht nachvollziehen. Er vertritt den Standpunkt, dass aus seiner Sicht die Gesellschafterin daran interessiert sein müsste, dass der Jahresüberschuss genutzt wird, um die Situation bei der MVB GmbH zu verbessern. Er verweist u.a. auf Ausfälle von Straßenbahnen, auf Fahrpreiserhöhungen, darauf, dass die Taktfolge bei Straßenbahnen ausgedünnt wird und auf den unzumutbaren Zustand mancher Bahnen und Haltestellen (z. B. Damaschkeplatz).

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 68.(V) Sitzung des Stadtrates vom 10.10.2013 wird einstimmig **bestätigt**.

Das Beschlussprotokoll der 69.(V) Sitzung des Stadtrates vom 14.10.2013 wird unverändert **bestätigt**.

- | | | |
|----|--|----------|
| 5. | Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse | T0183/13 |
|----|--|----------|

Hierzu liegt eine Tischinformation vor.

- | | |
|----|-------------------------------------|
| 6. | Beschlussfassung durch den Stadtrat |
|----|-------------------------------------|
-

- 6.1. Überplanmäßige Ausgaben im Deckungskreis Personalkosten DS0442/13
 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
 Verwaltung
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz bringt die Drucksache DS0442/13 ein und macht klarstellende Ausführungen zu den unterschiedlichen Beträgen der einzelnen Dezernate. Er begründet auf Nachfrage des Stadtrates Wendenkampf, future! – Die junge Alternative, die Eilbedürftigkeit der Drucksache DS0442/13.

Der Vorsitzende des Ausschusse FG Stadtrat Stern dankt der Verwaltung für die Begleitung der Drucksache DS0442/13.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2009-70(V)13

1. Dem Deckungskreis Personalkosten werden überplanmäßig 3.458.502 Euro zur Verfügung gestellt.
2. Die Deckung erfolgt aus Erträgen von Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen (hier: SWM GmbH und Co. KG), Kostenstelle 230101, Sachkonto 46510000.

- 6.2. Verfügung über ein Grundstück DS0339/13
 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann bringt die Drucksache DS0339/13 ein und gibt eine redaktionelle Änderung bekannt. (In der gesamten Drucksache ist „Jüdische Gemeinde“ zu streichen und durch „Synagogengemeinschaft zu Magdeburg“ zu ersetzen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der Modifizierung einstimmig:

Beschluss-Nr. 2010-70(V)13

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Synagogengemeinschaft zu Magdeburg Verhandlungen zum Grundstück Julius-Bremer-Straße 3 in 39104 Magdeburg,

Flur 145, Flurstück 1702/23 (1.155 m² groß) sowie
Flur 145, Flurstück 10577 (1.524 m² groß), Teilfläche hiervon von ca. 1.341 m²

für den Bau einer Synagoge zu führen.

2.

Während der Kaufverhandlungen mit der Synagogengemeinschaft zu Magdeburg, längstens jedoch bis zum 31.12.2014, werden sämtliche weitere Verkaufsbemühungen und Verhandlungen mit Dritten für das Grundstück gemäß Beschlusspunkt 1 durch die Landeshauptstadt Magdeburg zurückgestellt.

6.3. Jahresabschluss 2012 der Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozeßinnovation GmbH (ZPVP GmbH) DS0379/13
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2011-70(V)13

1. Der Stadtrat nimmt den vom Wirtschaftsprüfer Georg-Rainer Rätze geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2012 der ZPVP GmbH zur Kenntnis.
2. Der Gesellschaftervertreter der ZPVP GmbH wird angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2012 mit einer Bilanzsumme von 6.162.493,73 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 12.041,40 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss 2012 in Höhe von 12.041,40 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 46.638,66 EUR zu verrechnen und den sich daraus ergebenden Gewinnvortrag in Höhe von 58.680,06 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - dem Geschäftsführer Herrn Dr. Reinhard Fietz sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung zu erteilen,
 - den Wirtschaftsprüfer Georg-Rainer Rätze zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013 zu bestellen.

- 6.4. Grundsatzbeschluss Ersatzneubau Umkleide- und Sanitärgebäude Sportanlage Tonschacht DS0215/13
BE: Bürgermeister
-

Die Ausschüsse BSS, FG und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch bringt die Drucksache DS0215/13 ein und bittet um Zustimmung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2012-70(V13)

1. Der Stadtrat beschließt den Ersatzneubau Umkleide- und Sozialgebäude Sportanlage Tonschacht, Holsteiner Straße 47 in 39122 Magdeburg.
2. Der Eb. KGM wird beauftragt, dem Stadtrat eine EW-Bau zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

- 6.5. Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Hermann-Gieseler-Halle DS0216/13
BE: Bürgermeister
-

Die Ausschüsse BSS, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch bringt die Drucksache DS0216/13 ein und bittet um Zustimmung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2013-70(V)13

1. Der Stadtrat beschließt die Sanierung der Hermann-Gieseler-Halle, Klaus-Miesner-Platz 2 in 39108 Magdeburg.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, eine Konzeption sowie grobe Kostenschätzungen und Vorschläge zur Aufteilung in Bauabschnitten dem Stadtrat zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

- 6.6. Fortsetzung Kaiser- Otto-Fest (Beschluss-Nr. 1231-45(V)12) DS0402/13

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0402/13/1.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch bringt die Drucksache DS0402/13 ein und verweist dabei u.a. auf die positive Resonanz. Er nimmt im Weiteren zu den vorliegenden Änderungsanträgen DS0402/13/1 des Ausschusses FG und DS0402/13/2 des Stadtrates Wendenkampf, future! – Die junge Alternative, Stellung. Er bittet abschließend um Zustimmung zur vorliegenden Drucksache DS0402/13.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Karin Meinecke informiert über die Diskussion im Ausschuss. In ihrer Eigenschaft als Mitglied der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei hält sie den vorliegenden Änderungsantrag DS0402/13/1 des Ausschusses FG für überflüssig und begründet ihren Standpunkt.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag DS0402/13/1 ein und macht erläuternde Ausführungen. Er gibt eine redaktionelle Änderung bekannt. (Im Punkt 5 ist nach dem dem Wort „Grundstücksausschuss“ zu ergänzen: bis zu den Haushaltsberatungen). Stadtrat Stern spricht sich weiterhin gegen eine Festschreibung des Zuschusses bis zum Jahr 2016 aus.

Stadtrat Wendenkampf, future! – Die junge Alternative, schließt sich den Ausführungen des Vorsitzenden des Ausschusses FG Stadtrat Stern an und trägt die redaktionelle Änderung im Punkt 5 des Änderungsantrages DS0402/13/1 mit.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Bromberg unterstützt die Argumentation der Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei und signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Änderungsantrag DS0402/13/1 des Ausschusses FG. Er bringt einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag DS0402/13/2 des Stadtrates Wendenkampf, future! – Die junge Alternative, ein und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster sieht in seinen Ausführungen keine Veranlassung, den Änderungsantrag DS0402/13/1 des Ausschusses FG zu beschließen. Er verweist weiterhin auf die Beschlusslage des Stadtrates, dass der Zuschuss nur als Anschubfinanzierung gedacht war. Er bittet darum, dezidiert darzulegen, wofür die 119.000 Euro verwendet werden.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zu den in der Diskussion gemachten Ausführungen, insbesondere zur Frage der Anteilsfinanzierung Stellung. Er stellt fest, dass das Fest ohne Zuschuss durch die Stadt nicht durchführbar ist. Herr Dr. Trümper hält abschließend eine weitere Genehmigung durch den Ausschuss FG für nicht sinnvoll.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt hält in seinen Ausführungen die Unterstützung des Kaiser-Otto-Festes durch die Stadt für gerechtfertigt und signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache DS0402/13 und zum Änderungsantrag DS0402/13/2 des Stadtrates Wendenkampf, future – Die junge Alternative. Er begrüßt ebenfalls das Vorliegen der Abrechnung in den Ausschüssen.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, spricht sich für die Weiterführung des Kaiser-Otto-Festes und für die Überprüfung aus.

Im Rahmen der weiteren umfänglichen Diskussion verweist der Bürgermeister Herr Dr. Koch auf die hohe Sponsoringbeteiligung und weist die kritischen Anmerkungen des Vorsitzenden der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster, nach Salami taktik vorzugehen energisch zurück. Er stellt abschließend klar, dass Magdeburg auch überregional mit dem Kaiser-Otto-Fest überzeugen will.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke spricht seine Verwunderung über die hier geführte Diskussion aus und stellt klar, dass niemand gegen die Durchführung des Kaiser-Otto-Festes ist. Er hält fest, dass die Kompetenzen beim Ausschuss FG bleiben sollten.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, kann der Argumentation des Vorsitzenden der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster nicht folgen und macht deutlich, dass seine Fraktion den modifizierten Änderungsantrag DS0402/13/2 des Stadtrates Wendenkampf, future! – Die junge Alternative folgen und den Änderungsantrag DS0402/13/1 des Ausschusses FG ablehnen wird.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Stern erinnert an die Diskussion im Ausschuss und erläutert nochmals die Intention des Änderungsantrages DS0402/13/1.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt die Argumentation des Vorsitzenden des Ausschusses FG Stadtrat Stern und hinterfragt, wo der wirtschaftliche Anreiz für die Veranstalter ist. Er lehnt die vorliegende Drucksache DS0402/13 ab.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass der Veranstalter Rechtsicherheit für die Kalkulation braucht und verweist auf die vertraglichen Bedingungen.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß modifizierten Änderungsantrag DS0402/13/2 des Stadtrates Wendenkampf, future! – Die junge Alternative mehrheitlich, bei 9 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0402/13/1 des Ausschusses FG soll um einen weiteren Punkt ergänzt werden:

Diese Verfahrensweise gilt für drei Jahre (2014 - 2016). Im September/Oktober 2016 ist dem Stadtrat das Thema erneut zur Beratung/zum Beschluss vorzulegen.

Es erfolgt die getrennte Abstimmung der Punkte 4 und 5 des modifizierten Änderungsantrages DS0402/13/1.

Gemäß Punkt 4 des Änderungsantrages DS0402/13/1 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 14 Jastimmen und 1 Enthaltung:

4. Über den vom Veranstalter zu stellenden Förderantrag entscheidet der Kulturausschuss und Finanz- und Grundstücksausschuss im Rahmen der Fördermittelvergabe unter Berücksichtigung der Entwicklung des Kaiser-Otto-Festes im Hinblick auf eine erfolgreiche Durchführung, Sponsorenbeteiligung, Besucherzahlen und dem damit verbundenen Kosten- und Finanzierungsplan.

Gemäß modifizierten Punkt 5 des Änderungsantrages DS0402/13/1 des Ausschuss FG **beschließt** der Stadtrat mit 24 Ja-, 11 Neinstimmen und 7 Enthaltungen:

5. Die Abrechnung soll jährlich dem Kulturausschuss und dem Finanz- und Grundstücksausschuss bis zu den Haushaltsberatungen vorgelegt werden.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der modifizierten Änderungsanträge DS0402/13/1 des Ausschusses FG und DS0402/13/2 des Stadtrates Wendenkampf, future! - Die junge Alternative mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 2014-70(V)13

1. Der Stadtrat beschließt die jährliche Fortsetzung des Kaiser-Otto-Festes unter finanzieller Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg, um sich mit diesem historischen Fest als einen Höhepunkt im Veranstaltungsjahr der Ottostadt touristisch und marketingstrategisch überregional weiter zu etablieren.
2. Die dafür erforderlichen Kosten werden als Zuwendung im Rahmen einer Anteilsfinanzierung in Höhe von 119.000 Euro p. a. im Haushalt bereitgestellt.
3. Die Mittel sind ab 2014 jährlich im Budget des Dezernates IV zusätzlich einzustellen.
4. Über den vom Veranstalter zu stellenden Förderantrag entscheidet der Kulturausschuss und Finanz- und Grundstücksausschuss im Rahmen der Fördermittelvergabe unter Berücksichtigung der Entwicklung des Kaiser-Otto-Festes im Hinblick auf eine erfolgreiche Durchführung, Sponsorenbeteiligung, Besucherzahlen und dem damit verbundenen Kosten- und Finanzierungsplan.
5. Die Abrechnung soll jährlich dem Kulturausschuss und dem Finanz- und Grundstücksausschuss bis zu den Haushaltsberatungen vorgelegt werden.
6. Diese Verfahrensweise gilt für drei Jahre (2014 - 2016). Im September/Oktober 2016 ist dem Stadtrat das Thema erneut zur Beratung/zum Beschluss vorzulegen.

6.7. Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Theater Magdeburg DS0320/13

BE: Bürgermeister

Stadtrat Andreas Schumann, Fraktion CDU/BfM, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der BA Theater und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2015-70(V)13

Der Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Theater Magdeburg auf den 31.12.2012 wird festgestellt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses		
1.1. Bilanzsumme		6.111.341,32 €
1.1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf		
- das Anlagevermögen		4.663.629,77 €
- das Umlaufvermögen		1.398.207,03 €
1.1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf		
- das Eigenkapital		2.181.471,86 €
- den Sonderposten		1.000.900,78 €
- die Rückstellungen		1.107.100,00 €
- die Verbindlichkeiten		1.058.929,06 €
1.2. Jahresgewinn		73.880,36 €
1.2.1. Summe der Erträge		26.931.375,92 €
1.2.2. Summe der Aufwendungen		26.857.495,56 €
2. Behandlung des Jahresgewinns		
- auf neue Rechnung vorzutragen		73.880,36 €
3. Der überzahlte Betrag des Abschreibungszuschusses in Höhe von 56.488,56 € ist vom Eigenbetrieb Theater Magdeburg an die Landeshauptstadt Magdeburg zurückzuzahlen.		
4. Der Theaterbetriebsleiterin Frau Karen Stone wird gemäß § 19 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.		
5.		
6.8.	Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Puppentheater der Stadt Magdeburg (EB PTH MD)	DS0316/13
	BE: Bürgermeister	

Der BA Puppentheater und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2016-70(V)13

Der Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebes Puppentheater der Stadt Magdeburg auf den 31.12.12 wird festgestellt:

1.	Feststellung des Jahresabschlusses	
1.1.	Bilanzsumme	738.453,77 EUR
1.1.1.	Davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	• das Anlagevermögen	638.862,18 EUR
	• das Umlaufvermögen	95.314,08 EUR
	• RAP	4.277,51 EUR
1.1.2.	Davon entfallen auf der Passivseite auf	
	• das Eigenkapital	421.519,59 EUR
	• den Sonderposten	81.724,00 EUR
	• die Rückstellungen	79.400,00 EUR
	• die Verbindlichkeiten	115.102,87 EUR
	• RAP	40.707,31 EUR
1.2.	Jahresverlust/-gewinn	-
	576,28 EUR	
1.2.1.	Summe der Erträge	2.420.131,59 EUR
1.2.2.	Summe der Aufwendungen	2.420.707,87 EUR
2.	Behandlung des Jahresverlustes	
2.1.	Auf neue Rechnung vorzutragen	- 576,28 EUR
3.	Dem Theaterbetriebsleiter Herrn Michael Kempchen wird gemäß § 19 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.	
6.9.	Fortschreibung des Magdeburger Programms BIB „Berufliche, soziale Integration und Beteiligung junger Menschen“ - 2014 bis 2015	DS0193/13
	BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	

Die Ausschüsse BSS, Juhi und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning bringt die Drucksache DS0193/13 ein und bittet um Zustimmung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2017-70(V)13

1. Der Stadtrat beschließt gemäß der Anlage 2 dieser Drucksache die Umsetzung des Magdeburger BIB-Programms „Berufliche, soziale Integration und Beteiligung junger Menschen“ in den Jahren 2014 bis 2015.
2. Zur Realisierung der Maßnahmen des Magdeburger BIB-Programms sind in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 jährlich insgesamt 1.213.150 EUR bereitzustellen.
3. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister auf der Grundlage eines vorzulegenden Berichtes zur Auswertung der Wirksamkeit des Magdeburger BIB-Programms im Jahr 2015 mit der Prüfung einer Fortschreibung des Magdeburger BIB-Programms für die Jahre 2016 bis 2020.

6.10.	Infrastrukturplanung Jugendarbeit – 2. Planungsschritt zur Entwicklung der Kinder-und Jugendarbeit - 2014 bis 2015	DS0120/13
	BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit WV v. 04.07.2013	

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsanträge DS120/13/1 und DS0120/13/3 - /8 des Ausschusses Juhi
- Änderungsantrag DS0120/13/8/1 der SPD-Stadtratsfraktion

Der Ausschuss FuG hat die Drucksache DS0120/13 zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung der vorliegenden Änderungsanträge.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning bringt die Drucksache DS0120/13 umfassend ein und bezeichnet diese als einen Paradigmenwechsel. Er bittet um Zustimmung zur Drucksache DS0120/13.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen zur Thematik Stellung.

Der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Nordmann nimmt zum Paradigmenwechsel Stellung. Er bezeichnet die vorliegende Drucksache DS0120/13 als wegweisend merkt aber an, dass es aber nur eine mittelfristige Planung sein kann. Er informiert weiterhin über das Beratungsergebnis im Ausschuss und geht erläuternd auf die vorliegenden Änderungsanträge DS120/13/1 und DS0120/13/2 - /8 ein. Stadtrat Nordmann gibt dabei eine redaktionelle Änderung im Änderungsantrag DS120/13/8 bekannt. (Die Summe muss richtig lauten: 4.855.804 Millionen Euro).

Abschließend bezeichnet Stadtrat Nordmann in seiner Eigenschaft als Mitglied der SPD-Stadtratsfraktion im Namen seiner Fraktion die vorliegende Drucksache DS0120/13 als positives Signal und spricht den Wunsch aus, dass der Fortschreibungszeitraum sich verkürzt.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning dankt für die Mitarbeit der Stadträtinnen und Stadträte im Ausschuss Juhi, begründet im Verlauf seiner weiteren Ausführungen den Zeitraum der Planung von 2 Jahren und informiert über den weiteren Fortschreibungsverlauf. Herr Brüning macht weiterhin erläuternde Ausführungen bezüglich der Einstellung von Mitteln.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke bezeichnet in seinen Ausführungen die vorliegende Drucksache DS0120/13 als gute Basis für die Jugendarbeit in Magdeburg. Er unterstützt im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag DS0120/13/8/1 der SPD-

Stadtratsfraktion. Abschließend nimmt Stadtrat Schwenke punktuell zu den vorliegenden Änderungsanträgen des Ausschusses Juhi Stellung.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt umfassend zur vorliegenden Drucksache DS0120/13 Stellung und geht weiterhin auf die vorliegenden Änderungsanträge des Ausschusses Juhi ein. Er unterstützt den vorliegenden Änderungsantrag DS0120/13/8/1 der SPD-Stadtratsfraktion und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zur Drucksache DS0120/13. Stadtrat Giefers bringt abschließend den Änderungsantrag DS0120/13/7/1 ein.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning geht auf die Ausführungen des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, insbesondere zur Frage des ALSO-Projektes ein.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, bedankt sich bei allen Beteiligten, die in der Jugendarbeit tätig sind. Er nimmt ebenfalls punktuell zu den vorliegenden Änderungsanträgen des Ausschusses Juhi Stellung und spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Annahme des Änderungsantrages DS0120/13/8/1 der SPD-Stadtratsfraktion aus.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster bezeichnet in seinen Darlegungen die Ausführungen des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning als schlüssig. Er signalisiert die Zustimmung zu den Änderungsanträgen DS0120/13/1 des Ausschusses Juhi und DS0120/13/8/1 der SPD-Stadtratsfraktion und die Ablehnung zu den übrigen Änderungsanträgen des Ausschusses Juhi.

Abschließend geht der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Nordmann auf die Frage des ASLO-Projektes und der Jugendpauschale ein.

Nach eingehender Diskussion erfolgt die Abstimmung zu den vorliegenden Änderungsanträgen.

Gemäß Änderungsantrag DS120/13/1 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen:

Der Stadtrat möge ergänzend beschließen,

die Angebote der Magdeburger Stadtmission e. V. auf Seite 5, Anlage 1, mit aufzunehmen

in den Punkt 2: gesundheitliche und psychologische Beratung
in den Punkt 3: Frauen-, Familien- und Schwangerschaftsberatung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 5 Jastimmen:

Der Änderungsantrag DS0120/13/3 des Ausschusses Juhi –

Der Stadtrat möge ergänzend beschließen,

Änderungsantrag - zur Anlage 1 – Stadtweit wirkende Einrichtungen und Angebote mit Alleinstellungsmerkmal

Mit den Trägern AWO KV MD e. V. und MD Sportjugend e. V., Anbieter der Sport- und Spielmobile in Magdeburg ist ab 2014 jeweils ein Leistungsvertrag abzuschließen, der die bisherige Förderung ersetzt.

Inhalt des Leistungsvertrags sollen auch die Leistungen sein, die bisher durch das sogenannte ALSO-Projekt erbracht wurden.

Ein finanzieller Aufwuchs in Bezug zur bisherigen Fördersumme ist hierfür nicht vorgesehen. Vielmehr wird von einer Arbeitszeitverlagerung ausgegangen (zur Umsetzung Angebot des ALSO-Projekts). -

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 5 Jastimmen und 1 Enthaltung:

Der Änderungsantrag DS0120/13/4 des Ausschusses Juhi –

Der Stadtrat möge ergänzend beschließen,

Änderungsantrag - zur Anlage 1 – Stadtweit wirkende Einrichtungen und Angebote mit Alleinstellungsmerkmal

Der StadtJugendRing entwickelt aus dem Jugendinformationszentrum ein Zentrum für Jugendinformation, Jugendpolitik und Jugendverbandsarbeit mit den im vorliegenden Konzept dargelegten Schwerpunkten, Zielen und Aufgaben. Dafür sind 1,5 VZÄ zu planen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 10 Jastimmen und 2 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0120/13/5 des Ausschusses Juhi –

Der Stadtrat möge ergänzend beschließen,

im Versorgungsgebiet 2 (Werder, Brückfeld...) sollen 2 plus 2 VZÄ geplant werden. Die Angebote der Einrichtung Happy Station sind vielfältig, bedarfsbezogen und berücksichtigen die Interessen und Bedarfslagen der Kinder, Jugendlichen und Familien des Versorgungsgebietes in seiner großen räumlichen Ausdehnung. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 10 Jastimmen und 3 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0120/13/6 des Ausschusses Juhi –

Der Stadtrat möge ergänzend beschließen,

die Anlage 1 wird überarbeitet – Defizitorientierung, Ziele in den Versorgungsgebieten, Rechenfehler, redaktionelle Fragen –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0120/13/7/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

In der Anlage 4 wird die Spalte 2 „Träger/Einrichtung“ gestrichen.

Gemäß Änderungsantrag DS0120/13/7 des Ausschusses Juhi **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages DS0120/13/7/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig:

In der Anlage 4 wird die Spalte 2 „Träger/Einrichtung“ gestrichen.

Gemäß modifizierten Änderungsantrag DS0120/13/8/1 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Stadtrat möge ergänzend beschließen:

es wird ein Finanzvolumen von 4.855.804 Euro für die dargestellte Struktur der Kinder und Jugendarbeit für das Jahr 2014 festgeschrieben.

Gemäß Änderungsantrag DS0120/13/8 des Ausschusses Juhi **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages DS0120/13/8/1 der SPD-Stadtratsfraktion einstimmig:

Der Stadtrat möge ergänzend beschließen:

es wird ein Finanzvolumen von 4.855.804 Euro für die dargestellte Struktur der Kinder und Jugendarbeit für das Jahr 2014 festgeschrieben.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 2018-70(V)13

1. Für den Zeitraum von 2014 bis 2015 ist gemäß der Anlage 1 dieser Drucksache die notwendige und geeignete Infrastruktur für die Kinder- und Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII in der Landeshauptstadt Magdeburg zu gewährleisten.
2. Zur Umsetzung der in den 18 Versorgungsgebieten und stadtweit wirkenden Einrichtungen und Angebote festgestellten Planungsziele der Kinder- und Jugendarbeit haben die Träger der Einrichtungen und Angebote dem Jugendhilfeausschuss

Umsetzungskonzepte gemäß Anlage 2 dieser Drucksache zur Bestätigung vorzulegen (Termin November 2013). In den Umsetzungskonzepten können Verknüpfungen zu den Angeboten nach den §§ 12 bis 16 SGB VIII aufgeführt werden. Die fachliche Beurteilung durch die Verwaltung des Jugendamtes und die Zustimmung des Jugendhilfeausschusses zu den Umsetzungskonzepten ist Voraussetzung für den öffentlichen Finanzierungsanteil.

3. Über die Bereitstellung benötigter Haushaltsmittel für die Umsetzung dieser Planung wird im Rahmen der Vorbereitung der Leistungsverträge (2014 bis 2015 ff) entschieden.
4. Im Rahmen der durch den Stadtrat beschlossenen Entwicklung „Integrierter Sozialarbeit“ in der Landeshauptstadt Magdeburg sind die Standorte der Kinder- und Jugendarbeit für eine generationsübergreifende Entwicklung der sozialen Infrastruktur zu prüfen und das Prüfergebnis im 2. Quartal 2014 in den Stadtrat einzubringen.
5. Die Fortschreibung der Infrastrukturplanung der Kinder- und Jugendarbeit ist im 2. Quartal 2015 für den Zeitraum 2016 bis 2018 unter Berücksichtigung der Ergebnisse eines wirkungsorientierten Fach- und Finanzcontrollings in der Kinder- und Jugendarbeit dem Jugendhilfeausschuss zur Beratung vorzulegen.
6. Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit werden in die Dringlichkeitsliste der Landeshauptstadt Magdeburg zur Verbesserung der Barrierefreiheit aufgenommen.
7. Die Angebote der Magdeburger Stadtmission e. V. sind auf Seite 5, Anlage 1, mit aufzunehmen:

in den Punkt 2: gesundheitliche und psychologische Beratung
in den Punkt 3: Frauen-, Familien- und Schwangerschaftsberatung.
8. Es wird ein Finanzvolumen von 4.855.804 Euro für die dargestellte Struktur der Kinder und Jugendarbeit für das Jahr 2014 festgeschrieben.

6.11. Zwischenabwägung zum Bebauungsplan Nr. 101-2
"Wochenendhausgebiet Barleber See Nordseite"

DS0341/13

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses StBV Frank Schuster informiert über die Diskussion im Ausschuss und über den bestehenden Klärungsbedarf beim Abwägungsprozess.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann stellt formal fest, dass der Ausschuss StBV alle Abwägungen einzeln abgestimmt hat.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2019-70(V)13

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 101-2 „Wochenendhausgebiet Barleber See Nordseite“ in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Stadtrates über die vorgebrachten Stellungnahmen (Abwägungskatalog).

Zur Behandlung der Stellungnahmen ergehen folgende Einzelbeschlüsse:

2.1 Bürger 1, Brassengeweg, Stellungnahme aus der frühzeitigen Bürgerversammlung:

a) Stellungnahme:

Eine Verbreiterung des Hechtweges wird abgelehnt. Dies ist für die betroffenen Grundstücke nicht zumutbar. Die Feuerwehr kann andere Wege im Rettungsfall nutzen.

b) Abwägung:

Die Verbreiterung ist vorrangig für die Sicherung einer angemessenen Breite für die öffentliche Umwegung des Barleber Sees erforderlich hinsichtlich der Funktion als Nahversorgungsgebiet nicht nur für die Wochenendhausgebietsnutzer, sondern für alle Magdeburger Bürgerinnen und Bürger. Die aktuell vorhandene Breite von ca. 1 m gestattet keine verkehrssichere und angemessene Nutzbarkeit für Fußgänger und Radfahrer. Auch für die Sicherung des Rettungsverkehrs ist eine Verbreiterung erforderlich.

Beschluss 2.1: Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

2.2 Bürger 2, Vorstand Anglersiedlung, Stellungnahme aus der Bürgerversammlung:

a) Stellungnahme:

Es wird angeregt, für die Sicherung von Rettungsverkehr den vormals bestehenden Hubschrauberlandeplatz wieder herzustellen.

b) Abwägung:

Dieses Anliegen wurde durch Rücksprache mit der zuständigen Landesluftfahrtbehörde beim Landesverwaltungsamt wie folgt geklärt:

Für die Errichtung eines Hubschrauberlandeplatzes ist ein luftfahrtrechtliches Genehmigungsverfahren nach § 6 des Luftfahrtverkehrsgesetzes des Bundes (LuftVG)

erforderlich. Es gibt seitens der zuständigen Behörde keine Bedarfsplanung, sondern es wird auf Antrag eine Prüfung vorgenommen. Im gesamten Land Sachsen-Anhalt bestehen derzeit nur 14 genehmigte Hubschrauberlandeplätze, davon sind 10 an Krankenhausstandorten, die restlichen sind privat betriebene Anlagen. Im erforderlichen Rettungsfall dürfen Hubschrauber auch außerhalb von Hubschrauberlandeplätzen mit Erlaubnis der Luftfahrtbehörde landen. Geeignete Flächen sind für solche Notfälle am Barleber See zu finden, so dass ein eigener Hubschrauberlandeplatz für die Wochenendhausgebiete nicht erforderlich ist.

Beschluss 2.2: Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

2.3 Bürger 3, Schreiben vom 07.02.13:

a) Stellungnahme:

Um die in der Baunutzungsverordnung vorgegebene zulässige maximale Grundflächenzahl von 0,2 in Wochenendhausgebieten einzuhalten wird vorgeschlagen, die Berechnung über die Gesamtfläche aller Parzellen vorzunehmen und die Waldfläche und Grünflächen mit einzubeziehen.

b) Abwägung:

Eine solche Berechnung lässt die Baunutzungsverordnung leider nicht zu. Es ist gesetzlich vorgegeben, dass das zulässige Maß der Bebauung nur für die im B-Plan als Bauland festgesetzte Grundstücksfläche (hier Sondergebietsfläche Wochenendhausgebiet) und jeweils grundstücksbezogen erfolgen muss. Da die gemäß Baunutzungsverordnung vorgegebene Obergrenze der GRZ (Grundflächenzahl) von 0,2 aufgrund der kleinen Grundstücke und bereits vorhandenen Überbauung nicht eingehalten werden kann, wird im B-Plan-Entwurf das zulässige Maß der Bebauung über eine Gebäudegrundfläche, nicht über die GRZ bestimmt.

Beschluss 2.3: Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

2.4 Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG/ Abwassergesellschaft Magdeburg, Schreiben vom 26.02.13:

a) Stellungnahme:

Für die im westlichen Planbereich auf dem Flurstück 10336 gelegene Trafostation sollte eine Versorgungsfläche Elektrizität festgesetzt werden. Dies ist zur Absicherung erforderlich, da sich diese Anlagen auf privatem Grundstück befinden und keine alternativen Flächen zur Verfügung stehen.

Ebenfalls auf dem Flurstück 10336 verlaufen Elektrokabel, welche sich gemäß B-Plan-Festsetzungen teilweise im Baufeld befinden. Hier ist eine Änderung erforderlich. Für die Kabeltrasse ist ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht festzusetzen.

b) Abwägung:

Die Trafostation auf dem Flurstück 10036 befindet sich auf dem Grundstück des Vereinsgebäudes der Anglersiedlung am Hechtweg. Hier erfolgte im Bebauungsplan die Festsetzung mittels Planzeichen. Für die Festsetzung einer Versorgungsfläche ist das Gebäude zu klein.

Die Kabeltrasse wurde mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht planungsrechtlich gesichert, die überbaubare Grundstücksfläche entsprechend angepasst.

Beschluss 2.4: Der Stellungnahme wird gefolgt.

2.5 Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG/ Abwassergesellschaft Magdeburg, Schreiben vom 26.02.13:

a) Stellungnahme:

Aufgrund der Art der Nutzung „Wochenendhausgebiet“ sollte im Planteil B festgesetzt werden, dass generell nur Elektro-Anschlüsse einschließlich der Verrechnungsmessung (Zähler) in Außenanschlusstechnik (Zähleranschlusssäule) an der Grundstücksgrenze zum öffentlichen Bereich zugelassen werden. Diese sollten möglichst für mehrere Objekte an einer zentralen Stelle (Kabelverteilerschrank, Station) zusammengefasst werden. Diese Festsetzung ist für die Flächeninanspruchnahme wichtig. Die Forderung wird damit begründet, dass es sich um nicht ständig zugängliche Gebäude handelt und im Gebiet eine erhöhte Bodenfeuchte vorherrscht.

b) Abwägung:

Die technische Lösung des Versorgungsanschlusses für die Elektroenergieversorgung liegt außerhalb des Festsetzungskatalogs nach § 9 BauGB. Es handelt sich hier nicht um einen planungsrechtlichen Belang, im § 9 BauGB ist abschließend geregelt, was Inhalt eines Bebauungsplanes werden darf. Die Stellungnahme wurde jedoch in die Begründung zum Bebauungsplan eingearbeitet, so dass hier jeder Betroffene die notwendigen Informationen erhalten kann.

Beschluss 2.5: Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

2.6 Landesamt für Vermessung und Geoinformation, Schreiben vom 22.01.13:

a) Stellungnahme:

Die Beschreibung des Geltungsbereichs weicht von der Darstellung der Planzeichnung stark ab. Teilweise sind Flurstücksbezeichnungen enthalten, welche nicht mehr existent sind und auch in der Plangrundlage nicht mehr enthalten sind. Da sich das Plangebiet über zwei Fluren ausdehnt, sollten in der Plangrundlage auch die Flurgrenze dargestellt werden und die Flurbezeichnungen ergänzt werden. Für die verwendeten Auszüge aus dem Liegenschaftskataster des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation ist auf der Plangrundlage der korrekte Quellenvermerk anzubringen.

b) Abwägung:

Die Grenzbeschreibung wurde korrigiert, hier lagen tatsächlich vormals andere Planungsgrenzen zugrunde. Die aktuelle Grenzbeschreibung ist korrekt und wird Bestandteil des Entwurfsbeschlusses.

Auch die Flurbezeichnungen und Grenzen der Flur wurden ergänzt.

Der Quellenvermerk ist bezüglich der verwendeten Liegenschaftskarte korrekt.

Beschluss 2.6: Der Stellungnahme wird gefolgt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger, Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

6.12. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 101-2 DS0342/13
"Wochenendhausgebiet Barleber See Nordseite"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2020-70(V)13

1. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 101-2 „Wochenendhausgebiet Barleber See Nordseite“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.
2. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 101-2 „Wochenendhausgebiet Barleber See Nordseite“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 101-2 „Wochenendhausgebiet Barleber See Nordseite“ ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4a Abs. 2 parallel zur Auslegung zu beteiligen.

6.13. Aufnahme von Windkraftanlagen zu Forschungszwecken in den Regionalen Entwicklungsplan DS0135/13

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
WV v. 04.07.2013

Die Ausschüsse UwE und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0135/13/1.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Czogalla bringt den Änderungsantrag DS0135/13/1 ein

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann beantwortet die Nachfrage des Stadtrates Dr. Hörold, FDP-Fraktion, welche Forschungseinrichtung mit dieser Problematik befasst ist.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, unterstützt in seinen Ausführungen die vorliegende Drucksache DS0135/13.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, hält die Nachfrage des Stadtrates Dr. Hörold für berechtigt und trägt seine Bedenken zum Vorhaben vor.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erläutert bezüglich der Bedenken des Stadtrates Schindehütte, Fraktion CDU/BfM die Intention der vorliegenden Drucksache DS0135/13.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, wirbt in seinen Ausführungen für die Annahme des Änderungsantrages DS0135/13/1 des Ausschusses StBV.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0135/13/1 des Ausschusses StBV mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der nachfolgende Beschlussvorschlag wird ergänzt:

Im Beschlussvorschlag sind die Worte „Gewerbegebiet Nord / **Glindenberger Weg**“ zu ergänzen und die Worte „und Bereich Deponie Hängelsberge“ zu streichen. Des Weiteren soll der Beschlussvorschlag um einen zusätzlichen Beschlusspunkt erweitert werden. Der Beschlusspunkt 2 lautet wie folgt:

Gemäß § 8 Abs. 4, Ziffer 1 der Hauptsatzung entscheidet der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr abschließend über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens, wenn die jeweilige Angelegenheit für die städtebauliche Entwicklung von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Es wird festgestellt, dass im immissionsschutzrechtlichen Verfahren zur Genehmigung von Windkraftanlagen zu Forschungszwecken im bezeichneten Ausnahmeraum die grundsätzliche Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung gegeben ist und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen hat.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0135/13/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Beschluss-Nr. 2021-70(V)13

Der Oberbürgermeister wird beauftragt bei der Regionalen Planungsgemeinschaft Magdeburg zu beantragen, dass im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalen Entwicklungsplanes die Zulässigkeit für die Errichtung von Windenergieanlagen, soweit sie der Forschung der

Wasserstofftechnologie im Zusammenhang mit der Speicherung der Windenergie dienen, für bestimmte Bereiche (hier: Stadtteil Gewerbegebiet Nord/Glindenberger Weg) und damit außerhalb der im Regionalen Entwicklungsplan festgelegten Eignungsgebiete für die Nutzung der Windenergie raumordnungsrechtlich begründet wird.

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

7.1. Prüfung der Einführung der „Dreck-Weg-App“ A0049/13
 Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei
 WV v. 10.10.2013

Die Ausschüsse KRB, FG und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Änderungsantrag A0049/13/2 ein.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Bromberg unterstützt im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag A0049/13/2.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Änderungsantrag A0049/13/2.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz verweist in seinen Ausführungen auf die vorliegende Stellungnahme S0095/13 und die Möglichkeit, bei Bedarf das Servicetelefon zu nutzen.

Gemäß Änderungsantrag A0049/13/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 16 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Text des Ursprungsantrages A0049/13 wird um einen weiteren Punkt ergänzt:

2. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, zu prüfen, den seit 2010 bestehenden Service für Fahrradfahrer, außergewöhnliche Verschmutzungen auf Radwegen per E-Mail oder telefonisch an die Stadtverwaltung zu melden, mit einer Postkarte zu ergänzen, von der Telefonnummer und E-Mail-Adresse abgelöst und an das Fahrrad geklebt werden können. Dieser Service soll als „Scherbentelefon“ bekanntgemacht werden und rund um die Uhr (ggf. mit Anrufbeantworter) erreichbar sein.

Gemäß Antrag A0049/13 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0049/13/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich, bei 9 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen die „Dreck-Weg-App“ in der Landeshauptstadt Magdeburg eingeführt werden kann. Zudem soll betrachtet werden, auf welche weiteren Anwendungsmöglichkeiten eine solche Applikation erweitert werden könnte.
2. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, zu prüfen, den seit 2010 bestehenden Service für Fahrradfahrer, außergewöhnliche Verschmutzungen auf Radwegen per E-Mail oder telefonisch an die Stadtverwaltung zu melden, mit einer Postkarte zu ergänzen, von der Telefonnummer und E-Mail-Adresse abgelöst und an das Fahrrad geklebt werden können. Dieser Service soll als „Scherbentelefon“ bekanntgemacht werden und rund um die Uhr (ggf. mit Anrufbeantworter) erreichbar sein.

7.2.	Fahrbibliothek	A0065/13
	Fraktion CDU/BfM	
	WV v. 10.10.2013	

Die Ausschüsse K und VW empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, zieht den Antrag A0065/13 von der heutigen Tagesordnung **zurück**. Er kündigt an, diesen in geänderter Form erneut in den Stadtrat einzubringen.

7.3.	Einrichtung eines Jugendtreffs am Europaring	A0079/13
	SPD-Stadtratsfraktion	
	WV v. 06.06.2013	

Die Ausschüsse Juhi, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der BA SFM empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Nordmann, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Antrag A0079/13 ein und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke hält in seinen Ausführungen die Intention des Antrages A0079/13 für nicht schlecht und signalisiert eine differenzierte Abstimmung seiner Fraktion.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, argumentiert für die Annahme des Antrages A0079/13.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Ablehnung des Antrages A0079/13 zum heutigen Zeitpunkt aus.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann verweist auf das Votum des BA SFM und merkt an, dass ihm die Anbindung an die Jugendhilfe fehlt. Er empfiehlt, den Antrag A0079/13 neu zu formulieren.

Stadtrat Bartelmann, FDP-Fraktion, sieht in seinen Darlegungen Probleme mit den Anliegern und signalisiert die Stimmenenthaltung seiner Fraktion.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Rösler verweist auf die Diskussion im Ausschuss und begründet das Votum. Er bezeichnet es als lohnenswert, einen entsprechenden Platz für die Jugendlichen vorzuhalten. Stadtrat Rösler bittet um Zustimmung zum Antrag A0079/13.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstreicht die Ausführungen des Stadtrates Rösler, SPD-Stadtratsfraktion und bittet ebenfalls um Zustimmung zum Antrag A0079/13.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper unterstützt den vorliegenden Antrag A0079/13, bittet aber darum, den Treff nicht in Spielplatznähe zu errichten.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, verweist auf die negativen Erfahrungen im Neustädter Feld und lehnt den Antrag A0079/13 ab.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, spricht sich für eine fachlich Betreuung und Begleitung bei der Errichtung des Treffs aus.

Abschließend erläutert Stadtrat Nordmann, SPD-Stadtratsfraktion, nochmals die Intention des Antrages A0079/13.

Gemäß Antrag A0079/13 **beschließt** der Stadtrat mit 16 Ja-, 2 Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2023-70(V)13

Zur Errichtung eines Jugendtreffs auf dem Spielplatz am Europaring wird durch die Stadt das dafür benötigte Material zur Verfügung gestellt, um möglichst noch in diesem Jahr den Treff errichten zu können. Angestrebt wird, den Treff unter fachlicher Anleitung des Stadtgartenbetriebes oder einer anderen städtischen Gesellschaft und mit Unterstützung des für den Spielplatz zuständigen Paten gemeinsam mit den Jugendlichen zu errichten.

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Bartelmann, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0083/13 und den Änderungsantrag A0083/13/1 ein und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, hält im Namen seiner Fraktion den Antrag A0083/13 mit Hinweis auf die vorliegende Stellungnahme S0176/13 für überflüssig.

Gemäß Änderungsantrag A0083/13/1 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und zahlreichen Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird ergänzt durch:

3. Der in der Stellungnahme S0176/13 angebotenen Vorgehensweise der Verwaltung zur Unterstützung der Erstellung von Schulwegplänen durch die Schulen wird zugestimmt.

Gemäß Antrag A0083/13 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0083/13/1 einstimmig:

Beschluss-Nr. 2024-70(V)13

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Grund – und Förderschulen in kommunaler und möglichst auch die in freier Trägerschaft dafür zu gewinnen, dass sie für ihre jeweilige Schule Schulwegpläne erstellen, die spätestens bis zum Beginn des Schuljahres 2014/15 auf der Internetseite dieser Schule und verlinkt auf der Stadtseite www.magdeburg.de abgerufen werden können.
2. Die Stadtverwaltung unterstützt die Schulen gegebenenfalls mit sachlichen und fachlichen Auskünften und Hilfestellungen bei der Erstellung der einzelnen Schulwegpläne und deren Aktualisierung.
3. Der in der Stellungnahme S0176/13 angebotenen Vorgehensweise der Verwaltung zur Unterstützung der Erstellung von Schulwegplänen durch die Schulen wird zugestimmt.

Fraktion CDU/BfM
WV v. 04.07.2013

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0086/13/1.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, bringt den Antrag A0086/13 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Czogalla bringt den Änderungsantrag A0086/13/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag A0086/13/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Dem in der Stellungnahme zur Kenntnis genommenen Ergebnis wird zugestimmt.
Der Prüfauftrag ist damit erledigt.

Gemäß Antrag A0086/13 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0086/13/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Beschluss-Nr. 2025-70(V)13

Dem in der Stellungnahme zur Kenntnis genommenen Ergebnis wird zugestimmt.
Der Prüfauftrag ist damit erledigt.

7.6. Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung im
Umfeld der Maybachstraße

A0107/13

SPD-Stadtratsfraktion und Fraktion CDU/BfM
WV v. 05.09.2013

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, bringt den interfraktionellen Antrag A0107/13 ein und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist auf die Jurry „alles um den Kölner Platz“.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, merkt an, dass man jede Initiative unterstützen sollte, die sich dafür einsetzt, Magdeburg als Festungsstadt erlebbar zu machen. Sie signalisiert im Namen ihrer Fraktion Zustimmung zum Antrag A0107/13.

Gemäß interfraktionellem Antrag A0107/13 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2026-70(V)13

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, durch geeignete Sicherungsmaßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass eine geordnete städtebaulichen Entwicklung im Umfeld der Maybachstraße stattfinden kann, die sowohl die Festungsanlagen als auch die teilweise im Eigentum der Bahn befindlichen Flächen umfasst.

2. Die mit Beschluss des Stadtrats am 12.04.2012 beschlossene Durchführung eines internationalen städtebaulichen Workshops wird umgehend umgesetzt. Dabei werden die Flächen westlich der Maybachstraße bis zum Magdeburger Ring und die Flächen östlich der Maybachstraße bis zu den Gleisanlagen einbezogen. Im Norden wird das Plangebiet durch den Busbahnhof und den Damaschkeplatz, im Süden durch die westlich verlaufende Bahnlinie begrenzt.

Neuanträge

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhost macht vor Beginn der Behandlung der Neuanträge erläuternde Ausführungen zum Umgang mit GO-Anträgen. Dabei verweist sie auf die GO SR, in welcher u.a. geregelt ist, welche Ausschüsse sich mit welchen Themen befassen. Sie stellt fest, dass wiederholt Überweisungsanträge in Ausschüsse gestellt werden, welche nicht für die Beratung des jeweiligen Inhalts zuständig sind. Sie kündigt an, zukünftig diese auszuklammern. Des Weiteren informiert sie darüber, dass sich der Stadtratsvorstand mit der Verwaltung darüber verständigt hat, wie mit Prüfaufträgen umzugehen ist. Demzufolge wird zu Prüfaufträgen grundsätzlich eine Information durch die Verwaltung erarbeitet und dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Im Ergebnis dessen bleibt es den Fraktionen überlassen, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Im Falle, dass Neuanträge in Ausschüsse überwiesen werden, wird die Verwaltung wie bisher Stellungnahmen erarbeiten und diese zusammen mit dem Antrag in den Stadtrat erneut eingebracht.

Bezüglich der kritischen Anmerkung des Stadtrates Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, dass seiner Meinung nach der Vorstand nicht einfach vorgeschlagene Ausschüsse streichen kann, stellt die Vorsitzende des Stadtrates klar, dass dies die GO SR regelt und nicht der Vorstand.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht ergänzende klarstellende Ausführungen zum Arbeitsumfang mit Prüfaufträgen und verweist darauf, dass der Stadtratsvorstand die Pflicht hat zu prüfen, ob Neuanträge in die richtigen Ausschüsse überwiesen werden.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, vertritt den Standpunkt, dass man solche Dinge im Vorfeld mit den Fraktionsgeschäftsstellen klären sollte.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke bittet darum im Protokoll festzuhalten, dass man Prüfaufträge so formulieren sollte, dass das Ergebnis offen bleibt.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vertritt den Standpunkt, dass es grundsätzlich nicht sinnlos ist, Anträge in mehrere Ausschüsse zu überweisen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster begrüßt den Vorschlag der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhost bezüglich des Umgangs mit Prüfaufträgen.

- | | | |
|------|--|----------|
| 7.7. | Erstellung von Marketingunterlagen der Ottostadt Magdeburg in polnischer Sprache | A0120/13 |
| | FDP-Fraktion | |
-

Bezüglich des vorliegenden GO-Anrages der FDP-Fraktion – Überweisung des Antrages A0120/13 in die Ausschüsse RWB, FG und den Gremien der MMKT – merkt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper an, dass es keine Gremien der MMKT gibt.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster bittet darum, Gremien der MMKT zu streichen.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0120/13 wird in die Ausschüsse RWB und FG überwiesen.

- | | | |
|------|--|----------|
| 7.8. | Aufnahme der Förderschule Regenbogen in das STARK III-Programm | A0124/13 |
| | Fraktion CDU/BfM | |
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0124/13 in die Ausschüsse BSS, StBV und FG – vor.

Auf Hinweis des Oberbürgermeisters Herr Dr. Trümper und Zustimmung der Fraktion CDU/BfM werden die Ausschüsse StBV und FG gestrichen.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0124/13 wird in den Ausschuss BSS überwiesen.

- | | | |
|------|---|----------|
| 7.9. | Zeitpunkt der Bekanntmachung von Stadtratsbeschlüssen | A0130/13 |
| | Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei | |
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0128/13 in die Ausschüsse BSS und VW – vor.

Gemäß interfraktionellem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0128/13 wird in die Ausschüsse BSS und VW überwiesen.

7.13. Anhörung bei Personalentscheidungen A0121/13
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0121/13 in den Ausschuss VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen:

Der Antrag A0121/13 wird in den Ausschuss VW überwiesen.

7.14. Parkerleichterungen A0136/13
 Interfraktionell

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0136/13 in die Ausschüsse KRB und VW – vor.

Gemäß interfraktionellem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0136/13 wird in die Ausschüsse KRB und VW überwiesen.

7.15. Barrierefreier Zugang Stadtbibliothek Reform A0123/13
 Fraktion CDU/BfM

Die FDP-Fraktion bittet darum, dass Prüfergebnis auch im Ausschuss FG vorzulegen.

Gemäß Antrag A0123/13 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2027-70(V)13

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob und wie ein barrierefreier Zugang zur Stadtteilbibliothek Reform realisiert werden kann.

Über die Ergebnisse der Prüfung ist im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport, im Gesundheits- und Sozialausschuss, im Verwaltungsausschuss sowie im Finanz- und Grundstücksausschuss zu berichten.

7.16. Trafohaus auf dem Eiskellerplatz A0125/13
 Fraktion CDU/BfM

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0125/13 in die Ausschüsse StBV, VW und in die Gremien der SWM – vor.

Nach Hinweis des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zieht der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke den Ausschuss StBV und Gremien der SWM aus dem vorliegenden GO-Antrag **zurück**.

Gemäß modifizierten GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0125/13 wird in den Ausschuss VW überwiesen.

7.17. Einführung des "Katwarn-Systems" prüfen A0119/13
 FDP-Fraktion

Gemäß Antrag A0119/13 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2028-70(V)13

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen das Warnsystem „Katwarn“ in der Landeshauptstadt eingeführt werden kann.

Das Prüfergebnis soll im KRB, FG und VW beraten werden.

7.18. Prioritätenliste Fuß- und Radwegsanierung A0122/13

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster zieht den Ausschuss FG aus dem vorliegendem GO-Antrag **zurück**.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0122/13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

7.19. Spielhaus für Kinder erhalten A0126/13

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag der FDP-Fraktion – Überweisung des Antrages A0126/13 in die Ausschüsse FG, Juhi und in die Gremien der MVGM – vor, der durch die Fraktion CDU/BfM um den Ausschuss VW ergänzt wird.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster zieht die Gremien der MVGM aus dem vorliegendem GO-Antrag **zurück**.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, stellt fest, dass bei der vorliegenden Antragstellung von falschen Voraussetzungen ausgegangen wird, da die MVGM nicht Eigentümer dieses Spielhauses ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper schlägt vor, diese Problematik in der Gesellschafterversammlung der MVGM zu thematisieren und danach zu entscheiden, wie mit dem Antrag A126/13 weiter umgegangen wird.

Im Ergebnis der Diskussion stellt Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag A0126/13 **zurück**.

7.20. Tätigkeitsbericht der(/des) Integrationsbeauftragten A0127/13

Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, bringt den Antrag A0127/13 ein und bezeichnet den vorliegenden Tätigkeitsbericht als dünn.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning verweist in seinen Ausführungen auf die Satzung des Integrationsbeirates.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster merkt aus seiner Sicht an, dass die Arbeit des Beirates qualifiziert werden muss.

Im Ergebnis der Diskussion zieht Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei den vorliegenden Antrag A0127/13 bis zum Vorliegen der entsprechenden Information von der heutigen Tagesordnung **zurück**.

7.21. Unterstützung Suchschachtung Ulrichskirche A0129/13
Interfraktionell

Hierzu liegt der Änderungsantrag A0129/13/1 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei vor.

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0129/13 in die Ausschüsse StBV und K – vor, der durch die Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei um den Ausschuss KRB ergänzt wird.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0129/13 wird in die Ausschüsse StBV, K und KRB überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0129/13/1 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei wird in die Beratungen mit einbezogen.

7.22. Vergabe Adelheid-Preis A0135/13
Interfraktionell

Gemäß interfraktionellem Antrag A0135/13 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2029-70(V)13

Die jährliche Veranstaltung zur Übergabe des Adelheid-Preises an die Preisträgerinnen / Preisträger soll nicht mehr im Dezember, sondern in der Regel jeweils im Februar stattfinden. Die Regel soll 2013 erstmals in Kraft treten, so dass die Auszeichnung für 2013 im Februar 2014 vorgenommen wird.

7.23. Umsetzung der Entfristung der Stellen für das Internationale Büro A0132/13

Der Antrag A0132/13 wurde von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

7.24. Information über nicht umgesetzte Stadtratsbeschlüsse / A0133/13
Beschlusskontrolle
Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0133/13 in den Ausschuss VW – vor.

Stadtrat Danicke, SPD-Stadtratsfraktion, verweist darauf, dass das Anliegen des Antrages bereits seit über 5 Jahren aufgrund einer entsprechenden Beschlussfassung des Stadtrates vom 17.01.2008 durch die Verwaltung umgesetzt wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, zieht den Antrag A0133/13 **zurück**.

8. Einwohnerfragestunde
Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der
Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine
Einwohnerfragestunde durch

8.1. Herr Dieter Reich, Ulnersstraße 6, 39128 Magdeburg

Meine Damen und Herren mein Name ist Dieter Reich. Ich wohne im Neustädter Feld. Im Neustädter Feld haben sie eine Schule zugemacht, weil sie renoviert werden sollte, das ist richtig aber wir haben 40 Schüler in eine andere Schule umgesiedelt. Jetzt muss man sich vorstellen vom Neustädter Graseweg bis hin zum Lorenzweg. Diesen Weg müssen sie zu Fuß gehen. Das ist ungefähr eine halbe bis dreiviertel Stunde über zwei Hauptstraßen. Aber es geht mir darum, der Winter steht vor der Tür und die Kinder müssen den langen Weg zu Fuß gehen. Es wird bestimmt eine Möglichkeit vom Stadtrat geben, diese Kinder dorthin zu transportieren. Shuttle - das müssen sie entscheiden. Aber ich bitte Sie, wirklich drüber nachzudenken. Unsere Kinder sind das letzte beste Gut was wir haben, das müssen wir schützen. Danke.

Antwort des Bürgermeisters Herrn Dr. Koch

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch bestätigt die Auffassung, dass Kinder ein hohes Gut sind und legt dar, dass deshalb in Magdeburg zahlreiche Schulen saniert werden und sich daraus die benannten Ausnahmezeiten ergeben.

Herr Dr. Koch verweist darauf, dass die Verkehrssicherung des Schulweges in der Hand der Schulleitung liegt, welche diese Thematik sowohl mit der Polizei als auch mit der Verwaltung diskutiert. Er legt dar, dass sich entsprechende Arbeitsgruppen ebenfalls mit der Thematik beschäftigten, aber primär die Schulleitung selbst in der Verantwortung sei, den sicheren

Schulweg zu beschreiben und in der Verkehrssicherung zu diskutieren. So ist auch ein Arbeitskreis verschiedener Kollegen des Dezernates für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr mit der Thematik Schulwegsicherung beschäftigt.

Im Weiteren informiert Herr Dr. Koch über die Festlegung von Mindest- und Maximalentfernungen für Grundschüler und darauf, dass bei Überschreitung der Entfernungen die Fahrtkosten erstattet werden. Somit können die Schüler, wenn Entfernungen überschritten werden, hinsichtlich der Finanzierung der Beförderung auf die Unterstützung der Stadt zurückgreifen.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch unterbreitet Herrn Reich den Vorschlag, die Thematik mit der Schulleitung zu besprechen. Er bekräftigt nochmals die Aussage, dass Beförderungsmöglichkeiten, soweit sie über einen bestimmten Zeitraum hinausgehen, von der Stadt naturgemäß getragen werden und bringt seine Auffassung zum Ausdruck, dass somit die geäußerten Bedenken weitestgehend entkräftet sein sollten.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister nimmt Bezug auf seinen am gestrigen Tag erfolgten Besuch in der Schule und führt aus, dass an dieser Veranstaltung Schülerinnen und Schüler einer dritten Klasse für die Aufführung eines kleinen Kulturprogramms zu Fuß in Begleitung der Schulleiterin und einer Lehrerin in die Schule im Lorenzweg gekommen waren. Von diesen Schülern wurde der Weg zur Schule nicht als Problem angesehen.

Herr Dr. Trümper schätzt jedoch ein, dass es für Schülerinnen und Schüler einer ersten Klasse schon problematisch sein kann, diesen Weg im Winter zu gehen.

Aus diesem Grund werde der Sachverhalt geprüft. Werde festgestellt, dass sich hier eine große Problematik darstellt, wird für eine Lösungsfindung die erforderliche Diskussion geführt.

8.2. Herr Meudtner

Guten Abend, ich habe eigentlich das gleiche Problem wie mein Vorredner und ich beobachte das hautnah, wie die Schüler zur Schule gehen und da sind aber einige Unzulänglichkeiten. Das ist einmal der Verkehr durch den Engelprivatweg, wo sich viele Verkehrsteilnehmer nicht nach den Schildern richten. Zum anderen werden die Schüler über den sehr stark befahrenen Lorenzweg drüber weg geleitet, was ich an sich richtig finde, aber sie gehen gewissermaßen genau geradeaus über die Kreuzung, wenn man das als Kreuzung bezeichnen kann, die Einmündung Engelprivatweg. Und sie gewöhnen sich daran aber es gibt Ausnahmen, wenn jetzt irgendwelche Feiertage sind, an dem die Schülerlotsen nicht kommen, dann marschieren die Schüler natürlich selbst dort und da ballt sich der ganze Verkehr, einmal von NW zum anderen vom Neustädter Feld durch den Lorenzweg kommend und die Fahrzeuge, das sind allerdings nicht viel, die vom Uniplatz kommen. Und das ist die Sache mit dem Übergang, die gefällt mir überhaupt nicht, ich hab da schon 2-3 mal zugesehen und ich würde bitten, dass man da sich was überlegt, um die Sicherheit dieser kleinen Würstchen zu gewährleisten. Denn wenn ich sehe, dass da Schüler der ersten Klasse Mutterseelenallein ankommen. Ich muss an dieser Stelle aber trotzdem nochmal sagen, die Eltern möchte ich gewissermaßen belobigen, es sind viele Mütter, die mitgehen, aber dann gibt es auch Mütter, die bringen die Kinder mit dem Auto, die parken dann mitten auf dem Lorenzweg, steigen aus, parken vor der Schule und dann wird es immer kriminell und da zwischendurch überqueren die Kinder die Straße. Mein Vorschlag wäre, an dieser Stelle einen Fußgängerübergang zu errichten, zwei Warnschilder an der Tankstelle An der Steinkuhle, da stehen drei Warnschilder für die Westernplanschüler. Ich denke mal die Schüler von der Kritzmansschule verdienen das auch, wenigstens einen Warnstreifen, Zebraastreifen oder vorübergehend, solange die Schule sich dort befindet. Vielleicht können sie sich das überlegen, auch in den Engelprivatweg, der hat ja keinen Fußweg und manche Schüler gehen auf der rechten manche gehen auf der linken Seite, dann kommen Autos die versuchen da dann durchzukommen. Vielleicht kann man auch hier eine Lösung

finden. Ich kann dazu sagen mein Enkel, der ist 8. Der hat noch nie auf dem Engelprivatweg gespielt, weil dort Autos oftmals mit sehr hoher Geschwindigkeit durchfahren. Und dass ist traurig. Man kann also nicht sagen, da ist 30-iger Zone und basta. Das ist mir zu einfach. Danke.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper trifft die Feststellung, dass hier das gleiche Thema betroffen ist. Er legt dar, dass ihm bis gestern die geschilderte Problematik nicht bekannt war. Er sagt zu, die Strecke prüfen zu lassen und für den Zeitraum der Sanierung bis 2015 eine Lösung zu suchen. Über das Ergebnis wird die Verwaltung schriftlich informieren.

8.3. Frau Richter

Sie können sich denken, dass mich der Verkauf des Grundstückes Julius-Bremer-Str. berührt. Ich habe schon im vergangenen Jahr mehrfach versucht, zu erfahren, ob die Bäume, die auf diesem Grundstück stehen, geschützt werden. Das war einfach nicht in Erfahrung zu bringen und deshalb frage ich heute: besteht Bestandsschutz für die Bäume auf diesem Freigelände, wo dort gebaut wird? Und meine zweite Frage ist, das schließt sich gleich daran, ist das bedacht worden, dass an dieser Stelle zwei Religionsgemeinschaften auf engstem Raum konzentriert sind, die sich auf den meisten Gegenden der Welt mit Konflikten beladen sehen? Und das ist die zweite Frage.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Eingehend auf die erste Fragestellung informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass sich die Fläche im Eigentum der Stadt befindet und die Stadt von der Synagogengemeinde hinsichtlich des Erwerbs der Fläche angefragt wurde. Hierzu werden jetzt entsprechende Verhandlungen geführt. Herr Dr. Trümper legt dar, dass bis heute niemand beantworten kann, was konkret gebaut wird, wie die Bauplanung aussieht und was das für den vorhandenen Baumeistand bedeutet. Diese Fragen können erst beantwortet werden, wenn im Nachgang zu den Grundstücksverhandlungen der entsprechende Bauplan, wie gebaut werden soll, vorgelegt wird.

Hinsichtlich des zweiten Teils der Fragestellung sieht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper keine Probleme, da ja Zielstellung sei, dass die Religionsgemeinschaften miteinander kommunizieren. Er legt seine Auffassung dar, dass die Synagogengemeinde hinsichtlich des Standortwunsches hierzu entsprechende Überlegungen angestellt haben wird. Dieser Wunsch ist von der Verwaltung nicht zu bewerten, da es Ziel der Gemeinde ist, dort zu bauen.

9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

9.1. Schriftliche Anfrage (F0148/13) des Stadtrates Danicke, SPD-Stadtratsfraktion

Versorgung mit ortsansässigen Geldinstituten im Stadtteil Magdeburg-Buckau

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Magdeburg-Buckau ist einer der dynamischsten Stadtteile der Landeshauptstadt Magdeburg, in dem seit Jahren ein stetiger Bevölkerungsanstieg zu verzeichnen ist. Durch die gegenwärtigen privaten Sanierungsarbeiten ist mit einem weiteren Zuzug von Einwohnern zu rechnen. Dieser positive Trend hat bewirkt, dass mittlerweile zahlreiche Ladenlokale, insbesondere in der Magistrale Schönebecker Straße, vermietet sind. Die aktuellen Pläne der Volksbank Magdeburg zur Schließung ihrer Filiale im Stadtteil sind daher sicher ein falsches Signal an die BürgerInnen, die sich einen Umzug nach Buckau vorstellen könnten.

Daher fragen wir Sie:

1. Inwieweit hat die Verwaltung Kenntnis davon, dass die Volksbank Magdeburg den Filialbetrieb im Stadtteil Magdeburg-Buckau zum November 2013 einstellt und die BürgerInnen nur noch über Automaten vor Ort bedienen will?
2. Ist der Verwaltung bekannt, ob gleiche Überlegungen bei der Stadtsparkasse Magdeburg vorhanden sind?
3. Vertritt die Verwaltung die Auffassung, dass es sinnvoll ist den aufstrebenden Stadtteil Magdeburg-Buckau, der seit Jahren ein Bevölkerungswachstum aufweist, durch die Schließung der Filiale (Filialen) der ortsansässigen Kreditinstitute in seinem Wachstum zu bremsen und den mittlerweile guten Ruf zu schädigen?
4. Wird die Verwaltung, in Form des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit, Gespräche mit der Volksbank Magdeburg und der Stadtsparkasse Magdeburg suchen, um diesen Trend möglicherweise noch umzukehren?

Wir bitten um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Fragen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

In seinen Ausführungen verweist der Oberbürgermeister auf die in den letzten Wochen gemachte Erfahrung, dass Banken – ob Sparkassen oder andere – in Deutschland überall Filialen schließen und dies mit einer dramatischen Abnahme der Frequenz der Besucher begründen. Dies betrifft besonders junge Leute, die über Internet und Handy Bankverbindungen pflegen. Diese Tendenz wird wahrscheinlich in den nächsten Jahren überall zu verzeichnen sein.

Bezug nehmend auf die konkrete Fragestellung sagt der Oberbürgermeister die entsprechende Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.2. Schriftliche Anfrage (F0153/13) des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/
Tierschutzpartei

Verkürzung von Ausschreibungsfristen zur dringenden Beseitigung von Hochwasserschäden der MVB

Die Hochwasserschäden der MVB sind nach wie vor nicht nur Thema im Unternehmen selbst, sondern auch in Magdeburgs Bevölkerung, die sich erfreulicherweise gut mit ihrer Straßenbahn identifizieren möchte.

In verschiedenen Diskussionen geht es mit Blick auf die dringend notwendige Abarbeitung der Hochwasserschäden auch immer wieder um das Ausschreibungsprozedere.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Welche Möglichkeiten bestehen in Ausnahmefällen, zu denen die Hochwasserschäden (Höhere Gewalt) zweifellos zählen dürften, vom üblicherweise zu praktizierenden Ausschreibungsverfahren abzuweichen und somit die Gewährleistung des ÖPNV in der Landeshauptstadt Magdeburg wieder vollumfänglich sichern zu können und insbesondere die Stadtteile Rothensee und Herrenkrug wieder an das Streckennetz der Straßenbahn anzuschließen?
2. Wer ist für die mglw. notwendige Erteilung solcher Ausnahmeregelungen zuständig?
3. Wann und mit welchem Ergebnis hat sich die MVB-Geschäftsführung hierzu mit den zuständigen Stellen in Verbindung gesetzt?

Ich bitte um mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

In seiner Beantwortung informiert der Oberbürgermeister, die geschilderte Thematik in einem Gespräch mit dem Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann und der Geschäftsführerin der MVB GmbH Frau Münster-Rendel besprochen zu haben.

Er legt dar, dass derzeit seitens der MVB Gutachten zur Feststellung der Schäden erarbeitet werden, um darauf basierend bei der die Hochwassermittel verwaltenden Förderbehörde einen entsprechenden Antrag zu stellen. Im Weiteren werde alles unternommen, um den Vorgang zu beschleunigen.

Insbesondere verweist der Oberbürgermeister darauf, dass, wenn rechtliche Möglichkeiten bestehen, die Ausschreibungszeiten zu minimieren, diese auch genutzt werden.

Aktuell müsse jedoch zuerst der Förderantrag gestellt und die Förderkonditionen geprüft werden.

Die erforderliche Begutachtung wird bis Jahresende vorgenommen und dann alle weiteren Schritte eingeleitet.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann informiert, dass die mit den Hochwasserfördermitteln ausgereichte Aufbaurichtlinie vorsieht, dass der Zuwendungsempfänger bei Aufträgen für Lieferungen und Leistungen bis zu einem Auftragsvolumen von 200.000 Euro und bei Aufträgen für Bauleistungen bis zu einem Auftragsvolumen von 5 Mio. Euro unter Einholung von drei Angeboten nach wirtschaftlich wettbewerblichen Gesichtspunkten zu vergeben hat. Er verweist auf die mögliche Problematik, dass bei einzelnen Maßnahmen der MVB diese Regelungen nicht greifen, da möglicherweise ein höheres Volumen nicht vorliegt.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.3. Schriftliche Anfrage (F0151/13) des Stadtrates Kraatz, Fraktion CDU/BfM

Umsetzung LED-Pilotprojekt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Sitzung des Stadtrates am 12. April 2013 wurde der Antrag A0108/12 „Pilotprojekt LED-Straßenbeleuchtung“ mehrheitlich beschlossen (Beschluss-Nr. 1754-62(V)13). Seither wurde durch die Stadtverwaltung allerdings nicht über Fortschritte in der Umsetzung eines entsprechenden Pilot-Projektes informiert.

Daher stelle ich Ihnen folgende Fragen:

1. Welche Zeitschiene ist für die Umsetzung eines entsprechenden Pilot-Projektes vorgesehen?
2. Wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand zur Umsetzung des Pilot-Projektes?
3. Warum wurde seit dem Beschluss des Stadtrates nicht über den Fortschritt informiert?

Ich bitte um eine kurze mündliche Beantwortung und eine schriftliche Stellungnahme bis 20. November 2013, vor den Haushaltsberatungen des Finanz- und Grundstücks-ausschusses.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Eingehend auf Punkt 3 der Anfrage führt der Beigeordnete Herr Platz aus, dass es nichts zu berichten gab, was für den Stadtrat wirklich von Interesse sei. Für das Pilotprojekt wurden die Eckpunkte im Einzelnen festgelegt und verwaltungsintern besprochen und durch den Oberbürgermeister im Frühsommer beschlossen. Es wurde sich darauf geeinigt, dass die Federführung hierfür dem Tiefbauamt obliegt. Das Tiefbauamt bereitet derzeit im Zusammenwirken mit der Kämmerei entsprechende Contracting-Ausschreibungen vor.

Herr Platz informiert im Weiteren, dass die Thematik im Lenkungsausschuss ausführlich beraten wurde. Hier wurde festgestellt, dass einige Dinge, die noch nicht optimal laufen, nochmals neu diskutiert werden müssen. In Kürze erfolgt hierzu eine Abstimmung unter den einzelnen Dezernaten und danach erfolgt eine entsprechende Berichterstattung zur weiteren Verfahrensweise an den Stadtrat.

Abschließend versichert der Beigeordnete Herr Platz, dass das Projekt auf jeden Fall umgesetzt wird.

Auf Nachfrage des Stadtrates Kraatz hinsichtlich einer ungefähren Zeitschiene legt der Beigeordnete Herr Platz seine Auffassung dar, dass im nächsten Jahr erkennbare Schritte eingeleitet werden. Er verweist nochmals auf die derzeit laufende Vorbereitung der Ausschreibung und die noch erforderlichen Abstimmungen.

9.4. Schriftliche Anfrage (F0141/13) des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kunst am Bau

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Am 13.10.2011 beschloss der Stadtrat unter der Nr. 1069-40(V)11 „... für ein kommunales Bauvorhaben einen angemessenen Anteil der Baukosten für zeitgenössische Kunst zu berücksichtigen und in der Regel bis zu 1% der veranschlagten Baukosten öffentlicher Bauten für Kunst am Bau sowie für die Erhaltung bereits vorhandener Kunst am Bau zu verwenden“.

Gut zwei Jahre nach Beschlussfassung hätten wir gerne eine Übersicht zur Umsetzung dieses

Beschlusses. Konkret hätten wir gern gewusst:

1. Bei welchen Bauvorhaben ist für Kunst am Bau eine dem Beschluss entsprechende Summe eingesetzt worden?
 - Welche Kunstwerke entstanden bzw. wurden erhalten?
 - Welche Künstler waren beteiligt?
 - Wie hoch war der Kostenanteil für Kunst an der Bausumme?
2. Bei welchen Bauvorhaben ist der Beschluss (bisher noch) nicht umgesetzt worden?
 - Welches sind die Gründe hierfür?
 - Was ist zur nachträglichen Umsetzung des Beschlusses geplant?

Ich bitte um kurze mündliche und ergänzende schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann verweist darauf, dass nur Beispiele benannt werden können, da sein Dezernat für den Hochbaubereich nicht zuständig ist. Er führt aus, dass allein für die Sanierung des Brunnenkunstwerkes auf der Kosmos-Promenade Mittel geflossen sind.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.5. Schriftliche Anfrage (F0155/13) des Stadtrates Hoffmann, Fraktion CDU/BfM

Immobilienmesse ExpoReal

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

im Zeitraum vom 07. bis 09. Oktober 2013 fand in München wieder die weltgrößte internationale Fachmesse für Immobilien und Investitionen in München statt.

Bisher wurde die Anfrage F0119/13 vom 09. September 2013 durch die Verwaltung leider nicht beantwortet.

Daher frage ich an:

1. Warum ist eine entsprechende Beantwortung bisher nicht möglich gewesen?
2. Wann wird die entsprechende Beantwortung vorgelegt?

Ich bitte um eine mündliche Beantwortung und dann auch um eine entsprechende schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.6. Schriftliche Anfrage (F0146/13) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM

Tierbestand Rotehornpark

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

das Hochwasser der Elbe 2013 beschäftigt auch nachhaltig die Bevölkerung der Landeshauptstadt Magdeburg. Besonders betroffen war das Gebiet des Stadtparkes Rotehorn.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Gibt es einen Überblick über den derzeitigen Bestand von Wildtieren im Stadtpark und im übrigen Stadtgebiet?
2. Gibt es eine Übersicht über das Schicksal der Tiere, die im Stadtpark leben und lebten?
3. Konnten sich Tiere aus dem Hochwasser retten?
4. Welche Schäden hat der Baumbestand im Stadtpark genommen?

Ich bitte um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

In seiner Beantwortung legt der Beigeordnete Herr Platz dar davon auszugehen, dass sich auf Grund des Hochwassers der Tierbestand dezimiert hat bzw. die Tiere geflüchtet sind. Dies werde jedoch nicht als ein nachhaltiger Effekt eingeschätzt, d.h. dass an dieser Thematik weiter gearbeitet wird. Er verweist darauf, dass mehrfach bereits im Stadtrat die Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgruppe bestehend aus Experten besprochen und die Thematik auch im Einzelnen in Ausschüssen vorgestellt wurde. Jetzt gehe es darum, die Rahmenbedingungen hierfür zu gestalten. Hierzu ist eine Drucksache in Erarbeitung, die dem Stadtrat Anfang 2014 vorgelegt wird. Herr Platz versichert, dass das Thema Umgang mit Wildtieren auch 2014 Gegenstand der Beratung und Information sein wird.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper hinsichtlich Frage 2 der Anfrage macht Stadtrat Dr. Kutschmann klarstellende Ausführungen zum Hintergrund der Frage.

Ergänzende Ausführungen des Stadtrates Grünewald, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei

Stadtrat Grünewald, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, nimmt zur Anfrage der Fraktion CDU/BfM Stellung und geht mit dem Hinweis, dass Angaben seiner Ausführungen nach eigenen Erkundungen vor Ort erfolgen, auf die einzelnen Punkte der Anfrage ein.

Zu **Frage 1** informiert er, dass **im Stadtpark** vor der Flut 25-30 Stück Schwarzwild (Wildschweine), 14 Stück Rehwild, einige Füchse, viele Marderarten wie Steinmarder, Baumwilder und amerikanische Nerze (Minke) nachgewiesen wurden. Kaninchen sind durch eine spezielle Kaninchenseuche zur Zeit kaum nachgewiesen. Gegenüber früheren Zeiten gibt es auch nur selten Sightings von Eichhörnchen und Eisvögeln. Durch starke jahrelange Verlandung der Teiche „Artur Becker“ und „Godehardt“ ist die Lebensgrundlage vieler Arten, vor allem von Wassergeflügel weitestgehend verloren gegangen. (z. B. für grünfüßiges Teichhuhn oder Zwergtaucher).

Im Stadtgebiet allgemein ist das Schwarzwild in den Randgebieten fast überall vertreten, vor allem in **Bereichen mit Maisanbau** (wie Diesdorf, Olvenstedt, Ottersleben hinter der Baumschule oder am Eulenberg) sowie in **dichteren größeren Baumbeständen in Wassernähe** (wie Salbker Seen, Herrenkrug, Neustädter See oder hinter den Waldseen neben der Berliner Chaussee in Richtung Ehle)

Ebenso verhält es sich mit dem Rehwildbestand. Füchse sind praktisch flächendeckend nachweisbar. Bei Steinmardern kann man von einer Überpopulation sprechen, Waschbären sind in den Außenbezirken schon stark vorhanden und der Marderhund ist ebenfalls in stärkerer Verbreitung.

Zu **Frage 2** führt Stadtrat Grünewald aus, dass das Schwarzwild wie das Rehwild während der Flut größtenteils die Hügel an den Scherbelsbergen im Bereich der Ruine „Jägerhütte“

aufsuchte, später bei Rückgang des Wassers die Gebüsche des „Godehardt“- und „Artur Becker“ Teiches. In diesen Bereichen hielten sich die Tiere auch nach dem Abtrocknen der Böden auf. Nach dem Verlanden der „Alten Elbe“ in den Sommermonaten überquerte ein Teil der Schwarzwildrotte den Fluss in Richtung Cracau und zog durch Brückfeld weiter über die Berliner Chaussee. Hier, hinter den Waldseen zwischen Biederitzer Busch und Ehle sind größere Rotten nachzuweisen. Ebenso bei Randau, Pechau, in der Kreuzhorst, von wo damals mit hoher Wahrscheinlichkeit das Schwarzwild bei verlandeter „Alter Elbe“ in der Höhe des Wasserfalls in den Stadtpark einwanderte.

Frage 3 beantwortet Stadtrat Grünewald mit eindeutig ja und legt dar, dass es sich dabei um den größten Teil des Schwarzwildes und des Rehwildes wie zu Frage 2 beschrieben handelt. Weiterhin führt er aus, dass der größte Teil der Populationen von Igelrn leider Opfer der Flut geworden ist, sowie alle Jungtiere von Füchsen und andere Erdbauten bewohnende Jungtiere. Das trifft auf alle stark von der Flut betroffenen Bereiche der Stadt zu. Auch wurden viele Verluste bei den Erstbruten von Wassergeflügel festgestellt, die aber durch Nachbruten wieder ausgeglichen wurden.

Hinsichtlich **Frage 4** regt Stadtrat Grünewald an, Antworten für den Bereich Stadtpark im Eigenbetrieb Stadtgärten und Friedhöfe zu erfragen. Abschließend verweist er darauf, dass von ihm im Bereich der Umflut zwischen Pechau und Gerwisch keine nennenswerten Schäden am Baumbestand festgestellt wurden und trifft die Feststellung, dass die Natur es hier gewohnt sei, sich dieses einzigartige Biotop schnell zurück zu erobern.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.7. Schriftliche Anfrage (F0159/13) des Stadtrates Salzborn, Fraktion CDU/BfM

Zustand Gebäude Gesundheitsamt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

zum derzeitigen baulichen Zustand des Gebäudes des Gesundheitsamtes in der Lübecker Straße habe ich folgende Fragen:

1. Wie wird der bauliche Zustand des Gebäudes des Gesundheitsamtes Lübecker Straße eingeschätzt?
2. Wie wird der Zustand der Gebäuderückseite bewertet (Fenster, Anfahrtrampe)?
3. Welche Maßnahmen und Mittel sind für den Erhalt des Gebäudes vorgesehen?
4. Welche Vorstellungen gibt es zur weiteren Verwendung der Liegenschaft?

Ich bitte um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.8. Schriftliche Anfrage (F0140/13) des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM

Bürogebäude Freiligrathstraße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

vor einigen Monaten hat das Land ein Bürogebäude in der Freiligrathstraße in Stadtfeld ausgeschrieben.

Dazu möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

1. Ist der Stadtverwaltung bekannt, ob es bereits einen Zuschlag an eventuelle Bewerber gegeben hat?
2. Wenn es den Zuschlag gab, gibt es bereits eine Konzeption für die Nutzung des Gebäudes?
3. Wie steht die Stadtverwaltung, unabhängig von einem Zuschlag, zu der Situation von Einstellplätzen bei der Nutzung des Gebäudes?
4. Liegt hier nach Auffassung der Verwaltung durch die lange Stilllegung des Gebäudes noch ein Bestandsschutz vor oder müssen Einstellplätze neu gebaut werden?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung, bitte ich um eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Bezug nehmend auf die Ausschreibung informiert der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann, dass diese durch das Land Sachsen-Anhalt erfolgte und von der Reaktion des Landes hierzu die Stadt Magdeburg keine Kenntnis hat.

Im Weiteren informiert Herr Dr. Scheidemann, dass dem Bauordnungsamt kein Bauantrag zu einer ggf. notwendigen Umnutzung vorliegt. Hinsichtlich der Stellplätze besteht Bestandsschutz für die derzeitige Nutzung. Erfolgt eine Umnutzung, müsste dann über die Stellplätze im Rahmen der Nutzungsgenehmigung neu entschieden werden. D. h. das, was mit der derzeitigen Nutzung umschrieben ist, hat Bestandsschutz.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.9. Schriftliche Anfrage (F0147/13) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM

Zustand der Forts in Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

die Festung und ihre Forts sind Teil des historischen und kulturellen Lebens in der Landeshauptstadt Magdeburg die es wert sind, erhalten zu werden. Eine touristische Vermarktung kann möglich sein

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wie viele Forts gibt es derzeit in der Landeshauptstadt Magdeburg?
2. Wie ist der aktuelle Zustand der Anlagen?
3. Wie werden die Forts derzeit genutzt?
4. Welche Nutzung ist in der Zukunft vorgesehen?

Ich bitte um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

In seiner Beantwortung informiert der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann, dass in der Stadt, die Zwischenwerke nicht mitgezählt, sechs reine Forts vorhanden sind, deren aktueller Zustand sich unterschiedlich darstellt. Derzeit werde ein Denkmalpflegeplan für die Festungsanlagen erarbeiten und der Status dargestellt, wie es in den einzelnen Festungen aussieht.

Bezug nehmend auf Frage 3 und Frage 4 der Anfrage macht der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann nachfolgende Angaben zur derzeitigen und zukünftigen Nutzung:

Fort 2	Standort: Kirschweg	– Öffentliches Grün
Fort 2 a	Standort: Eisleber Straße	– Außenstelle des Arbeiter-Samariter-Bundes, Kleingartengelände
Fort 6	Standort: Lerchenwuhne	– keine Nutzung, nicht zugänglich, am Besten erhaltenes Fort dadurch
Fort 7	Standort: Klosterwuhne	– Sportstätten- und Grünanlage
Fort 11	Standort: Pechauer Platz	– Bestandteil der dortigen Schule, Verkehrs- und Grünanlage Pechauer Platz
Fort 12	Standort: Stadtpark Rotehorn	– Café mit Grünanlage

Fort 2	– öffentliches Grün mit Hundeauslaufwiese und Spielflächen
Fort 2 a	– wie derzeitige Nutzung
Fort 6	– gehört nicht der Stadt, keine Angaben möglich
Fort 7	– wie derzeitige Nutzung
Fort 11 und Fort 12	– wie derzeitige Nutzung

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Zu den vorliegenden Anfragen F0157/13 und F0142/13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, F0143/13, F0152/13, F0154/13 und F0156/13 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, F0149/13 der Stadträte Stage und Wendenkampf, future! – die junge Alternative, F0144/13 und F0145/13 der FDP-Fraktion sowie F0150/13 der Fraktion CDU/BfM erfolgt die Antwort schriftlich durch die Verwaltung.

10. Informationsvorlagen

Die vorliegenden Informationen unter TOP 10.1 – 10.8 werden zur Kenntnis genommen.

10.8.	Sachstand zur aktuellen Entwicklung der Baupreise	I0233/13
-------	---	----------

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, vermisst in der vorliegenden Information I0233/13 die Aussage, wie man eine kontinuierliche Bautätigkeit übers Jahr gewährleisten kann. Er sieht darin die Möglichkeit, Mittel einzusparen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wübbenhorst, Beate

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Bock, Andreas Dr.

Bromberg, Hans-Dieter

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Fassl, Josef

Gärtner, Matthias

Giefers, Thorsten

Grünewald, Mario

Guderjahn, Marcel

Häusler, Gerhard

Hein, Rosemarie Dr.

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Martin

Hoffmann, Michael

Hofmann, Andrea

Höroid, Helmut Dr.

Kraatz, Daniel

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Meinecke, Karin

Meinecke, Walter

Meister, Olaf

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Reppin, Bernd

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Andreas

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Trümper, Lutz Dr.

Wähnelt, Wolfgang

Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.

Geschäftsführung

Luther, Silke

Abwesend

Biedermann, Ursula

Boeck, Helga

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Heller, Werner
Lischka, Burkhard
Rohrßen, Martin
Schumann, Carola
Stage, Mirko
Theile, Frank
Tybora, Jacqueline
Zimmer, Monika